



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 30.01.2024 – Auszug aus Drucksache 19/377 –

Frage Nummer 16 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Markus
Rinderspa-
cher**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet im vollen Wortlaut das Schreiben des Staatsministers für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Herrn Michael Theurer, in dem der Zwischenstand der Untersuchungen für die Verlagerung der Kfz-Verwahrstelle Thomas-Hauser-Str. 19 dargestellt wurde (bitte mit Angabe des Datums des Schreibens, siehe Anfrage zum Plenum von MdL Susanne Kurz vom 24.01.2024), ist es zutreffend, dass im November 2023 der Freistaat auf die Deutsche Bahn mit der Frage nach einer Alternative zu einer möglichen Verlegung der Kfz-Verwahrstelle zukam (falls ja, bitte das Schreiben im vollen Wortlaut darlegen) und was veranlasst den Staatsministerminister in der genannten Anfrage zum Plenum zu der Feststellung, es zeichne sich zwischenzeitlich „eine alternative Lösung mit Einhausung einer Teilstrecke entlang der Bestandsbebauung ab“, wenngleich die Deutsche Bahn den Vorschlag bereits abgelehnt hatte, u. a. weil eine Einhausung gesetzlich nicht als Lärmschutz gesehen wird?

Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

Bei einem Ortstermin am 15.11.2023 hat die Deutsche Bahn (DB) eine mögliche Einhausung einer Teilstrecke zwischen Trudering und Daglfing ins Gespräch gebracht. Die Einhausung könnte sowohl dem Schutz des witterungsempfindlichen Schweren Masse-Feder-Systems, das nach Aussagen der DB in Teilbereichen zur Reduzierung der Erschütterungen eingebaut werden muss, als auch dem Schutz der Anwohner vor Bahnlärm dienen und so den Anliegen der Anwohner Rechnung tragen.

Herr Staatsminister Christian Bernreiter hat mit Schreiben vom 22.01.2024 an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Herrn Michael Theurer, nochmal betont, dass es weiterhin das Ziel des Freistaates bleibe, dass die bisherigen Planungen der DB (Amtsvariante) durch eine den berechtigten Forderungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werdende Ausbauplanung ersetzt werden. Zum Sachstand der Verlagerung der Kfz-Verwahrstelle teilte er mit, dass Freistaat und Landeshauptstadt München derzeit noch intensiv alle

Möglichkeiten für die Verlagerung der in diesem Bereich befindlichen Kfz-Verwahrstelle prüfen, um die Umsetzung der sogenannten Bürgervarianten zu ermöglichen. Er wies darauf hin, dass sich zwischenzeitlich aber auch eine alternative Lösung mit Einhausung einer Teilstrecke entlang der Bestandsbebauung abzeichnete. Er stellte klar, dass es weiterhin das Ziel für den Freistaat bleibe, die Kfz-Verwahrstelle zu verlegen, um die Umsetzung einer der Bürgervarianten zu ermöglichen, sollte die Einhausung von Bund und DB nicht weiterverfolgt werden.